

IMPULSPAPIER

Verbraucherpolitik in der nächsten Legislaturperiode

Empfehlungen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen

Berlin, 20.01.2025. Im Fokus der politischen Debatte vor der Bundestagswahl stehen die Themen Wirtschaft, Migration sowie innere und äußere Sicherheit. Doch auch die Verbraucherpolitik ist aus mehreren Gründen ein zentrales Politikfeld. Eine Verbraucherpolitik, die die Alltagsprobleme der Menschen ernst nimmt und die Voraussetzungen für selbstbestimmte Entscheidungen schafft, stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die staatlichen Institutionen.

Die Verbraucherpolitik trägt damit zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei. Gute Verbraucherpolitik stärkt darüber hinaus auch das Vertrauen zwischen Verbrauchern und Wirtschaft und kann so einen Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage leisten.

Wirtschafts- und Verbraucherpolitik zusammendenken

Zu den zentralen Aufgaben der Wirtschaftspolitik gehört es, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft im globalen Wettbewerb zu steigern. Der Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit darf aber nicht einseitig zu Lasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern gehen. Vielmehr gilt es, die Ziele Wettbewerbsfähigkeit, Verbraucherschutz und fairen Wettbewerb in ein sachgerechtes Gleichgewicht zu bringen.

Die Durchsetzung fairer Wettbewerbsbedingungen auf Online-Marktplätzen und im Bereich der Datensensivorsorge dient sowohl Unternehmens- als auch Verbraucherinteressen. Unternehmen, die Verbraucherinnen und Verbraucher fair behandeln, profitieren ebenfalls von der wirksamen Durchsetzung des Verbraucherrechts gegenüber unlauteren Wettbewerbern.

In diesem Sinne ist Verbraucherschutz als Teil einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik zu verstehen und kann einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil für Deutschland und Europa darstellen. Dies gilt umso mehr, je stärker es einer „aktivierenden“ Verbraucherpolitik gelingt, die Fähigkeiten, das Wissen und die Kompetenzen der Verbraucherinnen und Verbraucher stärker als bisher auch als eine wesentliche Ressource zur Entwicklung innovativer Problemlösungen zu nutzen und sich Ansätze wie Prosuming oder Open Innovation verbraucherpolitisch zu eigen zu machen. Dabei sollte die Politik ein differenziertes Verbraucherleitbild zugrunde legen und berücksichtigen, dass Bedürfnisse, Wissen und Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher variieren¹.

Verbraucherinnen und Verbraucher im Klimawandel schützen

Klimawandel und Umweltkrisen stellen die Verbraucherpolitik vor eine doppelte Herausforderung. Zum einen stellt sich die Frage, welchen Beitrag die Verbraucherpolitik für die Transformation zu einer nachhaltigeren Wirtschaft und Gesellschaft leisten kann, etwa durch die Förderung des nachhaltigen Konsums.²

¹ SVRV (2024): Effektive Verbraucherkommunikation. <https://www.svr-verbraucherfragen.de/effektive-verbraucherkommunikation/>

² SVRV (2024): Plattformökonomie und nachhaltiger Konsum. <https://www.svr-verbraucherfragen.de/Plattformoekonomie-und-nachhaltiger-konsum/>

Zum anderen muss die Verbraucherpolitik wirksame Instrumente bereitstellen, um den Risiken des fortschreitenden Klimawandels zu begegnen. Der SVRV spricht sich daher für die Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung aus und erarbeitet derzeit konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung einer flächendeckenden Versicherung.³

Für eine vorausschauende Verbraucherpolitik

In den vergangenen Jahren war die Verbraucherpolitik immer wieder mit krisenhaften Entwicklungen konfrontiert, die eine schnelle politische Reaktion erforderten, etwa während der COVID-19-Pandemie oder der Energiepreiskrise nach dem russischen Überfall auf die Ukraine. Gute Verbraucherpolitik sollte aber nicht nur auf aktuelle Ereignisse reagieren, sondern auch vorausschauend Zukunftsthemen in den Blick nehmen.⁴

Die Verbraucherpolitik der nächsten Bundesregierung sollte daher die Herausforderungen adressieren, die sich für Verbraucherinnen und Verbraucher durch den immer weiter voranschreitenden Einsatz von künstlicher Intelligenz, zunehmende Virtualisierung, den demographischen Wandel und den Klimawandel ergeben.

Der SVRV versteht sich als überparteilicher Impulsgeber für eine zukunftsorientierte Verbraucherpolitik und unterstützt die Bundesregierung mit wissenschaftlicher Expertise und Erfahrungen aus der Praxis. Eine vorausschauende, wissenschaftsbasierte Verbraucherpolitik benötigt aber auch eine leistungsfähige Verbraucherbeforschung. Es wäre daher ratsam, die dafür notwendigen Infrastrukturen weiterzuentwickeln.

Eine starke Stimme für die Verbraucherpolitik

Voraussetzung für eine wirksame Politik im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher ist, dass die Verbraucherpolitik innerhalb der Bundesregierung eine starke Stimme hat. Seit 2001 hat die ministerielle Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik innerhalb der Bundesregierung mehrfach gewechselt. Dies ist nicht zuletzt Ausdruck der Tatsache, dass Verbraucherpolitik ein Querschnittsthema ist, das viele Schnittstellen zu anderen Politikfeldern aufweist.

Ein Ressortwechsel ist jedoch stets mit Transaktionskosten verbunden und birgt die Gefahr einer Schwächung der Verbraucherpolitik durch den Verlust von Ressourcen und Kompetenzen. Unabhängig davon, welches Ressort in der nächsten Bundesregierung die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übernehmen wird, spricht sich der SVRV für eine langfristig stabile Verankerung der Verbraucherpolitik innerhalb der Bundesregierung und eine Stärkung des Ressorts aus.

³ SVRV (2022): Versicherungspflicht gegen Naturgefahren: Neue Entwicklungen, Verfassungskonformität und Akzeptanz in der Bevölkerung. <https://www.svr-verbraucherfragen.de/versicherungspflicht-gegen-naturgefahren/>

⁴ Siehe etwa SVRV (2024): Virtuelle Welten und immersive Technologien: Verbraucherschutz im Internet der Zukunft. <https://www.svr-verbraucherfragen.de/virtuelle-welten-und-immersive-technologien-verbraucherschutz-im-internet-der-zukunft/>

Der SVRV ist unabhängig und berät auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der Praxis das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz bei der Gestaltung der Verbraucherpolitik. Der Sachverständigenrat hat neun Mitglieder. Vorsitzender des Sachverständigenrats ist Prof. Dr. Christoph Busch.

Das Impulspapier und weitere Veröffentlichungen des SVRV sind abrufbar unter www.svr-verbraucherfragen.de. Folgen Sie uns auf [LinkedIn](#).

Pressekontakt:

Dr. Harald Bajorat

Leiter der Geschäftsstelle des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen

Telefon: 030 18305-7270

info@svr-verbraucherfragen.de